

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Die demokratischen Kräfte in Venezuela stärken und den Wählerwillen des venezolanischen Volkes anerkennen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Venezuela befindet sich seit knapp zwei Jahrzehnten in einer multidimensionalen Dauerkrise. Diese geht auf das immer autoritärer und repressiver handelnde chavistische Regime zurück, das seit 2013 von Nicolás Maduro angeführt wird. Das Maduro-Regime ist nicht nur für eine tiefgreifende und anhaltende Wirtschaftskrise im vormals reichsten Land Lateinamerikas verantwortlich, sondern auch für eine anhaltende und immer gravierendere humanitäre Krise. Venezuela ist von Misswirtschaft und Korruption geprägt. Der Staat ist seit 2019 zahlungsunfähig. Die Konsequenz aus dem desolaten Zustand Venezuelas ist ein fortwährender Massenexodus. Seit 2015 sind mehr als 7,5 Millionen Menschen aus Venezuela geflüchtet. Seit den jüngsten Entwicklungen nach der Wahl Ende Juli 2024 hat sich dieser Trend weiter verschärft. Die Last auf den Nachbarstaaten wächst.

Menschenrechtsverletzungen, Repressionen und Unterdrückung der Bevölkerung durch das sozialistische Regime von Nicolás Maduro sind an der Tagesordnung. Die Menschen in Venezuela leiden seit Jahren unter Versorgungsknappheit, Hyperinflation und Armut. Wasser- und Stromversorgung sind mangelhaft. Die Gesundheitsversorgung und das Erziehungssystem sind desolat.

Die Präsidentschaftswahlen am 28. Juli 2024 waren die Möglichkeit eines Wendepunkts in Venezuela, hin zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, raus aus der internationalen Isolation. Das Barbados-Abkommen war der erste wichtige Schritt in diese Richtung: Sanktionslockerungen gegen demokratische Zugeständnisse.

Am 28. Juli 2024 fanden keine fairen und freien Wahlen in Venezuela statt, wie dies nicht zuletzt im Bericht des UN Panel of Experts zu den Wahlen vom 9. August 2024 dargelegt wird (https://news.un.org/en/sites/news.un.org/en/files/atoms/files/Interim_Report_PoE_Venezuela_090824.pdf). Im Vorfeld wurde die Kandidatin der Regime-Opposition, María Corina Machado, die die Vorwahlen innerhalb der venezolanischen Regime-Opposition überragend gewonnen hatte, von der Wahl ausgeschlossen. Die Entscheidung der Maduro-hörigen venezolanischen Rechnungsprüfungsbehörde (CGR), Machado 15 Jahre die Kandidatur für ein politisches Amt zu verbieten, wurde vom ebenfalls Maduro-hörigen Obersten Gerichtshof Venezuelas bestätigt. Der Ersatzkandidatin Corina Yoris wurde die Registrierung als Kandidatin verweigert. So wurde der weniger bekannte ehemalige Diplomat, Edmundo González Urrutia, von der Regime-Opposition als Kandidat ernannt. Der Wahlkampf war geprägt durch Angriffe des Maduro-Regimes auf die Regime-Opposition, Festnahmen von politischen

Gegnern, Behinderung der Vorbereitung der Wahlen, repressive Maßnahmen gegenüber der Zivilgesellschaft und Zensur der wenigen noch unabhängigen Medien. Dieser neuerlichen Repressionskampagne ist auch die Deutschen Welle zum Opfer gefallen, deren Programm in Venezuela entfernt wurde.

Die Einladung an die EU zur Wahlbeobachtung wurde im Mai dieses Jahres wieder von Venezuela zurückgezogen, und zahlreichen Delegationen (vier ehemalige lateinamerikanische Staatspräsidenten sowie einer Gruppe von spanischen Abgeordneten der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments) wurde die Einreise ins Land vor der Wahl verweigert. Die Schließung des VN-Menschenrechtsbüros wurde vom Regime angeordnet.

Der Wahltag verlief insgesamt ruhig, und eine hohe Wahlbeteiligung wurde registriert. Der Nationale Wahlrat Venezuelas (CNE) weigerte sich, das offizielle Protokoll der Auszählungslisten zu veröffentlichen. Am 2. August 2024 erklärte der mit Maduro-Treuen besetzte Nationale Wahlrat Nicolás Maduro mit 51,2 % der Stimmen zum Wahlsieger. Der Regime-Opposition gelang es, an die Protokolle zu kommen, aus denen hervorgeht, dass Edmundo González Urrutia mit circa 67 % der tatsächlich abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde. In Lateinamerika wurde Maduro als Wahlgewinner und erneut gewählter Präsident lediglich von Kuba, Nicaragua, Bolivien und Honduras anerkannt. China und Russland gratulierten ihm zur Wiederwahl. Brasilien und Kolumbien machen die Anerkennung des Wahlsiegs von Maduro davon abhängig, ob der Nationale Wahlrat die Ergebnisse offenlegt. Die größte Regionalorganisation, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), hat sich hinter diese Forderung gestellt. Am 22. August 2024 bestätigte der Oberste Gerichtshof (TSJ) die Wahlergebnisse des Nationalen Wahlrats und beschuldigte Edmundo González Urrutia der Dokumentenfälschung. Elf amerikanische Staaten veröffentlichten ein gemeinsames Statement, das Urteil des Obersten Gerichtshofes nicht anzuerkennen und bezeichnete das Gericht als nicht unabhängig.

Das Carter Center, eine der wenigen Organisationen, die bei der Wahl in Venezuela zur Beobachtung zugelassen war, hat in seinem Statement nach der Wahl diese als nicht demokratisch deklariert: „Venezuela’s 2024 presidential election did not meet international standards of electoral integrity and cannot be considered democratic. The Carter Center cannot verify or corroborate the results of the election declared by the National Electoral Council (CNE), and the electoral authority’s failure to announce disaggregated results by polling station constitutes a serious breach of electoral principles.“¹ Am 16. August 2024 unterzeichneten mehr als 20 Länder in der Dominikanischen Republik, darunter die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union, eine gemeinsame Erklärung mit dem Appell einer unabhängigen Wahlüberprüfung.

Am 19. November 2024 hat US-Außenminister Anthony Blinken auf dem sozialen Medium „X“ Edmundo González Urrutia als rechtmäßig gewählten Präsidenten („President-elect“) anerkannt.

Nach der Wahl fanden friedliche Demonstrationen im ganzen Land gegen den Wahlbetrug durch das Maduro-Regime statt. Diese wurden brutal niedergeschlagen mit mindestens 21 Toten², Verletzten und Masseninhaftierungen. Zahlreiche Kinder wurden in Gewahrsam genommen und Menschen sind verschwunden. Drohungen und Einschüchterungen, seitens des Regierungsapparats gegen die Zivilbevölkerung und Opposition nahmen zu. Seither werden vermehrt Fälle von Passannulierungen an Flughäfen bekannt.

¹ Carter Center Statement on Venezuela Election, 30.07.2024: www.cartercenter.org/news/pr/2024/venezuela-073024.html

² www.ohchr.org/en/press-releases/2024/09/venezuela-must-stop-human-rights-violations-following-elections-say-experts

María Corina Machado ist auf Grund der Bedrohungslage untergetaucht. Ihr Team und ihre Mitstreiter wurden zum Teil verhaftet. Nachdem gegen Edmundo González Urrutia ein Haftbefehl ausgestellt worden ist, unter anderem wegen angeblicher Sabotage, Verschwörung und Amtsanmaßung, ist dieser am 7. September 2024 nach Spanien ausgereist und hat dort politisches Asyl beantragt.

Die regimeoppositionellen demokratischen Kräfte in Venezuela sind entweder in Haft, im Exil oder im Land untergetaucht. Sie, ihre Familien und Unterstützer stehen unter enormem Druck.

Der Deutsche Bundestag würdigt den Mut der Venezolanerinnen und Venezolaner, die für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihrem Land eintreten und jeden Tag ihr eigenes und das Leben ihrer Familien riskieren, um gegen das Maduro-Regime anzukämpfen und zu demonstrieren. Der Wille des venezolanischen Volks muss respektiert werden und das Wahlergebnis umgesetzt werden. Der Amtsantritt des neuen Präsidenten von Venezuela ist für den 10. Januar 2025 geplant.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich endlich auf höchster Ebene um die Lage in Venezuela zu kümmern und das Dossier auf internationaler Ebene mit hoher Priorität zu bearbeiten;
2. sich für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Venezuela, insbesondere von Minderjährigen, einzusetzen;
3. sich weiterhin für empfindliche EU-Sanktionen gegen Nicolás Maduro und seine Verbündeten auch in Partei und Streitkräften einzusetzen, sowie für Sanktionen gegen Mitglieder des Nationalen Wahlrats und des Obersten Gerichtshofes von Venezuela und sich zu diesem Zweck für eine Ausweitung des EU-Sanktionsregimes gegen Venezuela einzusetzen;
4. sich endlich für harte EU-Wirtschaftssanktionen gegen Venezuela einzusetzen, da diese die kleptokratische Regimeelite in ihren wirtschaftlichen Interessen treffen würde;
5. sich für die Veröffentlichung der vollständigen Wahlakten und die Ergebnisse der Stimmenauszählung durch den Nationalen Wahlrat (CNE) einzusetzen;
6. die regionalen Bemühungen zum Dialog zu fördern und die Regierungen von Brasilien und Kolumbien nachdrücklich in die Verantwortung zu nehmen, die demokratischen Kräfte in Venezuela zu unterstützen;
7. die oppositionellen demokratischen Kräfte Venezuelas im In- und Ausland zu unterstützen, insbesondere die beiden venezolanischen demokratischen Führer der Regime-Opposition und wahrhaftigen Wahlsieger Edmundo González Urrutia und María Corina Machado;
8. sich einzusetzen für demokratische, faire und freie Wahlen in Venezuela und in der Zwischenzeit das demokratisch nicht legitimierte Regime Maduro in allen internationalen Fora wo immer möglich zu isolieren;
9. die Offenlegung der Wahlergebnisse öffentlich einzufordern und so die internationale Anerkennung des Wahlergebnisses zu erreichen;
10. sich für eine Fortsetzung der humanitären Hilfe der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die venezolanische Bevölkerung einzusetzen und dabei sicherzustellen, dass das Regime und seine Schergen von dieser Hilfe nicht profitieren;
11. das Regionalvorhaben der Sonderinitiative „Geflüchtete und Aufnahmeländer“ zur Unterstützung venezolanischer Flüchtlinge und die sie aufnehmenden Nachbarländer auszubauen;

12. regionale Partner inklusive die Vereinigten Staaten von Amerika dabei zu unterstützen, die auf die Nachbarländer ausgreifende organisierte Kriminalität insbesondere im Menschenhandel und der Drogenkriminalität einzudämmen;
13. sich mit unseren internationalen Partnern, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika, dafür einzusetzen, dass Venezuela auf den Weg in ein demokratisches System findet und Nicolás Maduro und sein Regime für ihre Menschenrechtsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Berlin, den 3. Dezember 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion